

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der AfD hat mit Schreiben vom 12. Oktober 2020 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Auswirkungen der staatlich angeordneten Maßnahmen zwecks Eindämmung von SARS-CoV-2 auf die psychische Gesundheit der Menschen in Rheinland-Pfalz“.

Begründung:

Experten warnen derzeit verstärkt vor den Auswirkungen der staatlicherseits angeordneten Maßnahmen zwecks Eindämmung der Verbreitung von SARS-CoV-2 auf die psychische Gesundheit. So sprach die Ärztliche Direktorin an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Mitglied einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften *Leopoldina* zur Coronavirus-Pandemie (2020) davon, dass alle bisherigen Studien darauf hinwiesen, dass eine dritte Welle zu erwarten sei: die der psychischen Erkrankungen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellte jüngst fest, dass zu erwarten sei, dass der Bedarf an psychologischer und psychosozialer Unterstützung in den kommenden Monaten und Jahren erheblich zunehmen werde. Die *Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie* warnte gar davor, dass mit erhöhten Suizidraten gerechnet werden müsse.

Gestützt werden diese Einschätzungen auch durch Studien, wie die der AXA, als einem der größten privaten Krankenversicherer in Deutschland. Hierin ist davon die Rede, dass rund ein Drittel der Menschen in Deutschland während der aktuellen Situation eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit erlebt habe.

Laut aktuellen Daten der KKH-Krankenversicherung habe sich die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsmeldungen aufgrund psychischer Störungen im laufenden Kalenderjahr im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent erhöht.

Zu den Ängsten vor SARS-CoV-2 selbst rückten während des Lockdowns vermehrt Einsamkeit und soziale Isolation in den Fokus. Inzwischen sind es gesundheitliche und finanzielle Zukunftssorgen, die Angst vor Arbeitsplatzverlust und Insolvenzen; auch die Doppelbelastungen im Alltag und der Psychoterror in den sozialen Netzen, die den allgemeinen Level an Unsicherheit, Stress und Ängsten steigern.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund, dass die Zahl psychischer Erkrankungen in den vergangenen Jahren ohnehin stark zugenommen hat.

Die Landesregierung wird daher um Berichterstattung zur Entwicklung der psychischen Erkrankungen und den Kapazitäten zur Behandlung von psychischen Erkrankungen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren und insbesondere innerhalb des laufenden Kalenderjahres gebeten und dazu, welche Maßnahmen seitens der Landesregierung zur Bewältigung der zu erwartenden Welle an psychischen Erkrankungen vorgesehen sind.